

Kreisverwaltung Plön:

Bürgerengagement – nein danke?

Die Unterstützer und aktiven Teilnehmer des Aktionsbündnisses Notarztstandort Lütjenburg sind äußerst betroffen von der Art und Weise, wie im Auftrag des Landrates Teile der Kreisverwaltung mit bürgerlichem Engagement umgehen, denn wohlgemerkt:

Es geht hier nicht um persönliche Pfründe, sondern um die Vertretung berechtigter vitaler Interessen von über 10000 Mitbürgern in der Region Lütjenburg.

Dass mündige Bürger das demokratische Recht der kritischen Meinungsäußerung in Gremien nutzen, ist legitim, wenn auch nicht immer bequem.

Eine Verwaltung jedenfalls ist in erster Linie für die Bürger da, sie wird ja auch von ihnen für professionelle Dienstleistungen bezahlt.

Dass das Aktionsbündnis Notarzt Lütjenburg in einer Pressemitteilung der Kreisverwaltung, die „im Auftrag“ des Landrats abgegeben wurde, wegen der Nachfragen im Ausschuss abschätzig als "Nebenorgan" bezeichnet wird, das die Arbeit des Ausschusses "behindert", ist zynisch. Ganz zu schweigen von der Gebührenforderung für die Beantwortung der gestellten Fragen.

Das Bündnis war ausdrücklich zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Gesundheit und Soziales eingeladen und hat dort durch eine kurzfristig beschlossene Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Einwohnerfragestunde“ die Möglichkeit zur Fragestellung erhalten.

Mitglieder des Aktionsbündnisses setzen ihre Freizeit und ihre Kraft seit fast zwei Jahren für den Erhalt eines ganzjährigen Notarztstandortes ein, weil sie dabei das Recht auf schnelle Hilfe für Menschen in Lebensgefahr im Sinn haben. In diesem Zusammenhang sind die Bündnisteilnehmer sehr dankbar für die wohltuend sachliche und korrekte Unterstützung und deutliche Richtigstellung durch die Kreistagsfraktionen von SPD und CDU sowie die klare Positionierung der Freien Wähler, der Linken und des Linksbündnisses im Kreistag!

Alle diese Fraktionen wollen sich einer sachgerechten Aufarbeitung der offenen Fragen annehmen, die durchaus für sinnvoll und berechtigt gehalten werden. Das ist parteiübergreifend gemeinwohldienliche Arbeit für die Bürger, wie sie auch der Verwaltung gut anstehen würde. Das Bündnis schöpft dabei Hoffnung, dass sich in der Sache neue Erkenntnisse ergeben, so wie es sich bereits in der letzten Ausschusssitzung abzeichnete. Auch auf landespolitischer Ebene wird dankenswerterweise das Thema nun bei den beiden großen Parteien aufgegriffen.

Zu den Unterstützern des Notarzbündnisses gehören viele Vereine und Verbände, wie z.B. Landfrauenverband, Sozialverband, die regionale Tourismusorganisation, Bundeswehrverband, DRK, Seniorenbeirat, Ev. Kirchengemeinde, Ärzte, Parteilose und Mitglieder aller Parteien, Gemeindevertreter, Kreistagsabgeordnete und Mitglieder des Landtages. Sie alle haben ein Recht auf Anerkennung ihres überwiegend ehrenamtlichen Engagements.

Überhebliche Verwaltungsschelte und Abstrafungen zeugen da von wenig Demokratieverständnis und Bürgernähe.

Dagegen würde sich das Bündnis - nach 5 Wochen Wartezeit - eine Beantwortung der Fragen noch vor Weihnachten wünschen!